



052449/EU XXIV.GP
Eingelangt am 26/05/11

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



7932/11

(OR. en)

PRESSE 69

PR CO 18

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3079. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 21. März 2011

Präsident **János Martonyi**
Minister für auswärtige Angelegenheiten
(Ungarn)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 9442 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

7932/11

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat nahm eine Richtlinie mit neuen Vorschriften zur Definition von Straftaten und des Strafmaßes im Bereich des **Menschenhandels** an. Ziel der Richtlinie ist es, sowohl die Prävention zu stärken als auch den Opfern von Menschenhandel größeren Schutz zu bieten.*

*Der Rat erörterte die Vorbereitungen für die Märztagung des **Europäischen Rates**, auf der über die Entwicklungen in **Libyen** und in den übrigen südlichen Nachbarländern der EU sowie über die Krise in **Japan** beraten werden soll; auf der Märztagung soll ferner ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU und zur Gewährleistung der Stabilität des Euro-Währungsgebiets verabschiedet werden.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

HUMANITÄRE LAGE IN LIBYEN	6
REAKTION DER EU AUF DIE HUMANITÄRE KRISE IN JAPAN	7
VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM MÄRZ.....	8

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*JUSTIZ UND INNERES*

– Menschenhandel.....	10
– Justizreform und Bekämpfung der Korruption in Bulgarien und Rumänien.....	10
– Außengrenzenfonds – Beteiligung Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins.....	11

HANDELSPOLITIK

– Antidumping – Wolframcarbid – China.....	11
--	----

GESELLSCHAFTSRECHT

– Verschmelzung von Aktiengesellschaften.....	12
---	----

BESCHÄFTIGUNG

– Freizügigkeit der Arbeitnehmer.....	12
– Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Polen/Tschechische Republik.....	12

ERNENNUNGEN

– Rechnungshof.....	13
– Ausschuss der Regionen.....	13

- ¹
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
 - Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
 - Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Steven VANACKERE

Olivier CHASTEL

Bulgarien:

Konstantin DIMITROV

Tschechische Republik:

Karl SCHWARZENBERG

Dänemark:

Lene ESPERSEN

Deutschland:

Werner HOYER

Estland:

Urmas PAET

Irland:

Lucinda CREIGHTON

Griechenland:

Marilisa XENOIANNAKOPOULOU

Spanien:

Diego LÓPEZ GARRIDO

Frankreich:

Laurent WAUQUIEZ

Italien:

Ferdinando NELLI FEROCI

Zypern:

Markos KYPRIANO

Lettland:

Girts Valdis KRISTOVSKIS

Litauen:

Audronius AZUBALIS

Luxemburg:

Jean ASSELBORN

Ungarn:

János MARTONYI

Enikő GYÖRY

Malta:

Tonio BORG

Niederlande:

Ben KNAPEN

Österreich:

Michael SPINDELEGGER

Polen:

Radosław SIKORSKI

Portugal:

Manuel LOBO ANTUNES

Rumänien:

Bogdan AURESCU

Vizepremierminister und Minister der auswärtigen
Angelegenheiten und der institutionellen Reformen
Minister für Entwicklungszusammenarbeit, zuständig für
europäische Angelegenheiten

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

Staatsminister für europäische Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Staatsministerin für europäische Angelegenheiten

Stellvertretende Ministerin für auswärtige
Angelegenheiten

Staatssekretär für die Europäische Union

Staatssekretär für europäische Angelegenheiten

Ständiger Vertreter

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Vizepremierminister, Minister für auswärtige
Angelegenheiten und Einwanderung

Minister für auswärtige Angelegenheiten
Staatsministerin für europäische Angelegenheiten

Stellvertretender Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

Minister für europäische Angelegenheiten und
internationale Zusammenarbeit

Bundesminister für europäische und internationale
Angelegenheiten

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ständiger Vertreter

Staatssekretär

Slowenien:

Mitja GASPARI

Minister für Entwicklung und europäische
Angelegenheiten

Slowakei:

Mikuláš DZURINDA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Astrid THORS

Ministerin für Einwanderung und europäische
Angelegenheiten

Schweden:

Birgitta OHLSSON

Ministerin für europäische Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

Kommission:

Maroš ŠEFČOVIČ

Vizepräsident

Kristaline GEORGIEVA

Mitglied

Generalsekretariat:

Pierre de BOISSIEU

Generalsekretär

ERÖRTERTE PUNKTE

HUMANITÄRE LAGE IN LIBYEN

Der Rat hat sich einen Überblick über die humanitäre Lage in Libyen und den benachbarten Ländern verschafft.

Diese Beratungen schlossen sich an eine Überprüfung der Entwicklungen durch den Rat (Auswärtige Angelegenheiten) und an eine Bewertung der Auswirkungen auf die Energiemärkte durch den Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) an, die beide am 21. März 2011 tagten.

REAKTION DER EU AUF DIE HUMANITÄRE KRISE IN JAPAN

Der Rat hat sich einen Überblick über die Reaktion der EU auf die humanitäre Krise in Japan verschafft.

Diese Beratungen schlossen sich an eine Bewertung durch den Rat (Auswärtige Angelegenheiten) und an eine Überprüfung der Lage im Energiesektor durch den Rat (Verkehr, Telekommunikation und Energie) an, die beide am 21. März 2011 tagten.

VORBEREITUNG DER TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES IM MÄRZ

Der Rat hat den Entwurf von Schlussfolgerungen für die Tagung des Europäischen Rates am 24. und 25. März 2011 geprüft.

Der Europäische Rat soll sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befassen:

- *Wirtschaftspolitik*: Annahme eines umfassenden Maßnahmenpakets zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU und zur Gewährleistung der Stabilität des Euro-Währungsgebiets.
- *Entwicklungen in Libyen und in den übrigen südlichen Nachbarstaaten der EU*: Maßnahmen im Anschluss an die Resolution 1973 des VN-Sicherheitsrates und die jüngsten Entwicklungen in Libyen; Umsetzung der vom Europäischen Rat am 11. März 2011 beschlossenen Maßnahmen.
- *Krise in Japan*: Bewertung der Bemühungen zur Bereitstellung humanitärer Hilfe, der Lage im Energiesektor und der generellen wirtschaftlichen Auswirkungen.

Der Entwurf von Schlussfolgerungen wird im Lichte der Beratungen des Rates und – in Bezug auf Libyen und Japan – der Entwicklungen vor Ort überarbeitet. Der Rat billigte auf seiner Tagung vom 21. Februar 2011 eine erläuterte Tagesordnung (*Dok. [6231/11](#)*).

Der Europäische Rat wird sich mit folgenden wirtschaftspolitischen Themen befassen:

- Abschluss der ersten Phase des Europäischen Semesters (jährliche Überwachung der Haushaltspolitik und der Strukturreformen der Mitgliedstaaten);
- weitere Ausgestaltung der Bestimmungen zur wirtschaftspolitischen Steuerung;
- Maßnahmen zur Wiederherstellung eines gesunden Bankensektors;
- Billigung des Pakts für den Euro (wirtschaftspolitische Koordinierung);

- Annahme eines Beschlusses zur Änderung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in Bezug auf den künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), um die Stabilität des Euro-Währungsgebiets sicherzustellen;
- abschließende Beratungen über den künftigen ESM und über die Aufstockung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität.

Der Rat nahm ferner Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes über die Fortschritte bei der Durchführung des "Europäischen Semesters" und vereinbarte, diesen dem Europäischen Rat vorzulegen (*Dok. 7745/11*).

Das Europäische Semester wird in diesem Jahr erstmals als Teil der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung durchgeführt. In dem Bericht des Vorsitzes werden die wichtigsten politischen Botschaften der anderen an dem Prozess beteiligten Ratsformationen zusammengefasst.

Der Europäische Rat wird den Mitgliedstaaten eine Orientierungshilfe für die abschließende Überarbeitung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (Haushaltspolitik) und ihrer nationalen Reformprogramme (Strukturreformen) an die Hand geben. Der Prozess wird vom Rat und vom Europäischen Rat im Juni zum Abschluss gebracht.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

JUSTIZ UND INNERES

Menschenhandel

Der Rat nahm eine Richtlinie mit Vorschriften zur Definition von Straftaten und des Strafmaßes im Bereich des Menschenhandels an.

Mit dieser Richtlinie, die den Rahmenbeschluss 2002/629/JI ersetzt und für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks und des Vereinigten Königreichs gilt (die sich diesen Bestimmungen möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt anschließen werden), sollen sowohl die Prävention als auch der Opferschutz gestärkt werden. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

Nähere Einzelheiten finden Sie in der Mitteilung an die Presse (Dok. 7860/11).

Justizreform und Bekämpfung der Korruption in Bulgarien und Rumänien

Der Rat nahm auf der Grundlage von Berichten der Kommission (Dok. [6986/11](#) und [6987/11](#)) Schlussfolgerungen zu den Fortschritten Bulgariens und Rumäniens bei der Justizreform und der Bekämpfung der Korruption im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus der EU an (Dok. [7556/11](#)).

Dieser Mechanismus wurde eingerichtet, als Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2007 der EU beigetreten sind, um diesen Ländern dabei zu helfen, Defizite bei der Reform des Justizwesens und der Bekämpfung der Korruption zu beheben und die Fortschritte in diesen Bereichen mit Hilfe regelmäßiger Berichte zu überwachen¹.

¹ Entscheidung der Kommission zur Einrichtung eines Verfahrens für die Zusammenarbeit und die Überprüfung der Fortschritte bei der Erfüllung bestimmter Vorgaben in den Bereichen Justizreform und Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens in Bulgarien (2006/929/EG) und Rumänien (2006/928/EG); (vgl. ABl. L 354 vom 14.12.2006).

Außengrenzenfonds – Beteiligung Islands, Norwegens, der Schweiz und Liechtensteins

Der Rat nahm einen Beschluss zur Billigung des Abschlusses einer Vereinbarung mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein über Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds der EU für den Zeitraum 2007 bis 2013 an (*Dok.* [7853/10](#)).

Gemäß der Entscheidung (574/2007/EG) zur Einrichtung des Fonds sollten Drittländer, die dem Schengenraum angeschlossen sind, sich entsprechend den Bestimmungen dieser Entscheidung an dem Fonds beteiligen und sollten Vereinbarungen geschlossen werden, welche die für eine solche Beteiligung erforderlichen zusätzlichen Regeln enthalten. Dazu gehören Bestimmungen, die den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Prüfungsbefugnisse des Rechnungshofes gewährleisten.

Die Vereinbarung mit Island, Norwegen, der Schweiz und Liechtenstein wurde im November 2009 unterzeichnet und im März 2010 durch eine gemeinsame Erklärung im Anhang ergänzt. Der Wortlaut des Abkommens, der Beschluss zur Genehmigung der Unterzeichnung und die gemeinsame Erklärung wurden im Amtsblatt veröffentlicht (*ABl. L 169 vom 3.7.2010*).

HANDELPOLITIK

Antidumping – Wolframcarbid – China

Der Rat nahm eine Verordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Wolframcarbid, von mit metallischem Pulver vermischem Wolframcarbid und von Mischwolframcarbid mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 an (*Dok.* [7080/11](#)).

GESELLSCHAFTSRECHT

Verschmelzung von Aktiengesellschaften

Der Rat nahm eine Richtlinie zur Kodifizierung der EU-Vorschriften für die Verschmelzung von Aktiengesellschaften an ([PE-CONS 1/11](#)).

Es handelt sich dabei um eine konsolidierte Fassung der Richtlinie 78/885/EWG, die seit ihrer Annahme im Jahr 1978 mehrfach geändert wurde, mit dem Ziel, für mehr Klarheit und Übersichtlichkeit zu sorgen. Die neue Fassung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die in die Richtlinie aufgenommen wurden.

BESCHÄFTIGUNG

Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Der Rat nahm eine Verordnung zur Kodifizierung der EU-Vorschriften für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern innerhalb der EU an ([PE-CONS 2/11](#)).

Es handelt sich dabei um eine konsolidierte Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68, die seit ihrer Annahme im Jahr 1968 mehrfach geändert wurde. Sie ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die in die Verordnung aufgenommen wurden; inhaltlich wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen.

Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung – Polen/Tschechische Republik

Der Rat nahm Beschlüsse über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in Höhe von insgesamt 770 000 EUR an, mit denen in Polen und in der Tschechischen Republik entlassene Arbeitnehmer unterstützt werden sollen.

Ein Betrag von 453 570 EUR wird für Arbeitnehmer zugewiesen, die von drei polnischen Unternehmen im Maschinenbausektor aufgrund eines Nachfragerückgangs auf den Exportmärkten entlassen wurden, der im Anschluss an die globale Finanz- und Wirtschaftskrise eingetreten ist. Ein Betrag von 323 820 EUR wird zur Unterstützung von Arbeitnehmern bereitgestellt, die infolge eines durch die Krise verursachten Rückgangs der Nachfrage nach Markenlebensmitteln in der tschechischen Unilever-Niederlassung entlassen wurden.

ERNENNUNGEN**Rechnungshof**

Der Rat ernannte Herrn Harald WÖGERBAUER (Österreich) zum Mitglied des Europäischen Rechnungshofs für die Zeit vom 1. April 2011 bis zum 31. Dezember 2013 (*Dok. [7438/11](#)*).

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte die folgenden von der Regierung Griechenlands vorgeschlagenen zehn Mitglieder des Ausschusses der Regionen für die jeweils verbleibende Amtszeit bis 25. Januar 2015: Herr Stavros ARNAOUTAKIS, Herr Grigorios ZAFEIROPOULOS, Herr Dimitrios KALOGEROPOULOS, Herr Georgios KAMINIS, Herr Apostolos KATSIFARAS, Herr Georgios KOTRONIAS, Herr Ioannis BOUTARIS, Herr Nikolaos PAPANDREOU, Herr Ioannis SGOUROS und Herr Panagiotis PSOMIADIS (*Dok. [7711/11](#)*).
